

Wohin mit dem AKW-Schrott?

In Harrislee sind Gemeinde, Bürgerinitiative und Deponie gegen die Annahme von Bauschutt aus Kernkraftwerken

Von Kay Müller

KIEL/HARRISLEE Angela Wolff reicht es. „Das Strahlenschutzgesetz fordert, dass die Strahlenbelastung auch unterhalb der Grenzwerte so niedrig wie möglich zu halten ist“, sagt die Frau von der Bürgerinitiative Harrislee. Sie wirft Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) vor, sich daran nicht zu halten.

Denn seit gestern ist es ein bisschen wahrscheinlicher geworden, dass Bauschutt aus Kernkraftwerken auf der Deponie in Harrislee bei Flensburg dauerhaft gelagert werden könnte. Laut einem Gutachten, das der Minister vorgestellt hat, ist die Deponie nahe der dänischen Grenze neben denen in Wiershop (Herzogtum Lauenburg), Lübeck-Niemark und Johannistal (Ostholstein) grundsätzlich geeignet, den Schutt aufzunehmen. Die drei anderen Standorte in Schönwohld, Damsdorf/Tensfeld und Großenaspe sind hingegen aus dem Rennen, da sie laut Albrecht in den nächsten beiden Jahren voll werden.

Bei dem Abfall handelt es sich nicht um Atommüll in engerem Sinne, der in speziellen Endlagern entsorgt werden muss, sondern vor allem um Dämmstoff und Bauschutt, der beim Rückbau der Kernkraftwerke in Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf anfällt. Nach Schätzungen des Leiters der Atomaufsicht, Jan Backmann, werden dies in den nächsten 10 bis 20 Jahren mehrere 10000 Tonnen Schrott sein. „Der wird in einer speziellen Anlage in den Kraftwerken frei gemessen“, sagt Backmann. Das bedeutet, dass nur Abfall, der eine Belastung von höchstens zehn Mikrosievert pro Jahr aufweist, das Gelände verlassen darf. Die Kraftwerksbetreiber sind dafür verantwortlich, dass der Müll auf speziellen Deponien gelagert wird.



„Grundsätzlich geeignet“ für AKW-Schrott: Die Deponie in Harrislee bei Flensburg, direkt an der dänischen Grenze. FOTO: M. DEWANGER

Allerdings regt sich in den Gemeinden Widerstand. „Für uns wäre das ein immenser Imageschaden, wenn der Müll bei uns landen würde“, sagt Harrislees Bürgermeister Martin Ellermann. Mehrfach habe sich seine Gemeindevertretung wie die Lokalpolitiker in Flensburg, Handewitt und dem dänischen Apenrade gegen die Lagerung des Schrotts aus Kernkraftwerken ausgesprochen. Er sagt allerdings auch: „Noch ist nichts entschieden.“

Selbst der Deponiebetreiber, der mit der Entsorgung Geld verdienen könnte, ist skeptisch: „Wenn Harrislee und die Gemeinden um uns herum dagegen sind, werden wir den Ab-



fall nicht annehmen oder uns so weit es geht dagegen wehren“, sagt der Leiter der Deponie in Harrislee, Holger Bratz. In Wiershop hat die dortige Deponie hingegen Abfälle aus dem benachbarten Kernkraftwerk Krümmel angenommen, so Betreiber Vattenfall.

Albrecht will den Dialog mit den Gemeinden vorantreiben. „Ich erhoffe mir eine Versachlichung der Diskussion.“ Denn er sei dafür, die Abfälle in Schleswig-Holstein zu belassen, notfalls könnten die Deponien auch zur Annahme verpflichtet werden.

Bei den Kernkraftwerksbetreibern gibt man sich gelassen. „Es ist politischer Wunsch, für die Abfälle aus Schleswig-Holstein eine Lösung in Schleswig-Holstein zu finden. Diesem Wunsch fühlen wir uns verpflichtet“, sagt Vattenfall-Sprecherin Sandra Kühberger. Die dafür notwendige Akzeptanz zu schaffen sei ein gemeinsamer Prozess, „in den wir uns in den vergangenen Jahren schon aktiv einge-

bracht haben und dies natürlich auch weiter tun werden“.

Ähnliche Töne gibt es vom Betreiber des Kraftwerkes in Brokdorf, Preussen Elektra. „Eine Verbringung der zur Deponierung freigegebenen Stoffe außerhalb Schleswig-Holsteins ist für uns kein Thema, da der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger in der Region annahmepflichtig ist“, sagt Sprecherin Almut Zyweck. Da das Kraftwerk noch bis Ende 2021 läuft, könne man noch keine Angaben machen, wann der erste Müll auf welche Deponie gebracht werden muss. In Brunsbüttel gibt es jedenfalls schon Bauschutt, wie Jan Backmann sagt: „Der Bedarf ist da.“ Ohne zu entsorgende freigemessene Abfälle gebe es keinen Rückbau, ergänzt Albrecht.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz kritisiert Albrechts Entscheidung. Es sei keine unabhängige Begutachtung erfolgt, sagt Vorstandsmitglied Rainer Guschel. „Es muss oberste Priorität bei der

Auswahl von Standorten sein, dass die Strahlenbelastung so gering wie möglich ist. Hier muss der Umweltminister konsequent nachbessern.“ In anderen Bundesländern seien zusätzliche Maßnahmen getroffen worden, um die Strahlenbelastung durch Deponierung weiter zu verringern. Im Gutachten für Schleswig-Holstein zeigten sich, etwa im Bereich der Abdichtungen und des anfallenden Sickerwassers und zum Teil unbekannter Einleitungen in Grundwasser und Vorfluter, erhebliche Unsicherheiten in den Bewertungen der Deponien.

Angela Wolff aus Harrislee kritisiert, dass Entsorgungsalternativen „nie eingehend gutachterlich geprüft“ worden seien. „Geradezu absurd ist die Behauptung, der Atomausstieg sei ohne Freigaberegulierung nicht umsetzbar. Umweltminister Jan Philipp Albrecht ist aufgefordert, jetzt die Versäumnisse nachzuholen und eine ernsthafte Alternativenprüfung durchzuführen.“